

# Wählerwandel – Wechselwahl

Bürger entscheiden in der Wahlkabine

Von Bernhard Weßels

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl lohnt sich der Rückblick: Bei der Wahl 1998 verlor zum ersten Mal seit 1949 eine Bundesregierung unmittelbar durch das Wählervotum ihr Mandat. 2002 war durchaus ein erneuter Machtwechsel denkbar. Und 2005? Regierungswechsel durch Wählervotum scheinen häufiger zu werden. Sind schnellere Regierungswechsel Ausdruck und zwangsläufiges Resultat des Wählerwandels?



Bernhard Weßels [Foto: David Ausserhofer]

**Bernhard Weßels**, geboren 1955 in Berlin, Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Dipl.-Soz., Dr. phil., Privatdozent. 1982–1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, seit 1989 wissenschaftlicher Angestellter am WZB. 1993–1999 Sprecher des Arbeitskreises Verbände der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW). Seit 1998 Mitglied des Planning Committee der Comparative Study of Electoral Systems (CSES).

Die deutsche Wählerschaft wandelt sich – daran besteht kein Zweifel. Darin ist sie allerdings kein Sonderfall. In allen modernen Gesellschaften haben aufgrund des sozialen Wandels Veränderungen in den Interessen, Verhaltensweisen und sozialen Einbindungen stattgefunden. Über die Konsequenzen dieser Wandlungsprozesse für das Wahlverhalten gibt es in Wissenschaft und Öffentlichkeit viele Vermutungen und plausible Hypothesen.

Die drei wichtigsten und immer wieder diskutierten Fragen sind, ob Wähler ihre Wahlentscheidung zunehmend an zentralen politischen Sachfragen („Issues“) und weniger an politischen Loyalitäten und Ideologien ausrichten; ob sie zunehmend zur Wechselwahl bereit sind; und ob Personen und (Spitzen-)Kandidaten für die Wahlentscheidung immer wichtiger werden. Zunehmende „Issue“-Orientierung, Wechselwahlbereitschaft und Personalisierung der Politik sprechen für eine zunehmende individuelle Flexibilität des Wahlverhaltens und dafür, dass die Wahlentscheidung stärker von kurzfristigen Faktoren wie beispielsweise Wahlkampf mobilisierung, Darstellung und Selbstdarstellung der Politiker und Parteien und der jeweils aktuellen Leistungsbilanz abhängen als zu früheren Zeiten, in denen soziale Stellung und Gruppenloyalitäten zu den stärksten Determinanten zählten.

Die Wahlforschung beobachtet derartige Veränderungen und sucht nach Erklärungen und allgemeinen Verhaltensmodellen, die das komplexe Zusammenspiel der einzelnen Aspekte erfasst. Derartige Erklärungsmodelle sind keine Prognosen. Prognosen sind nicht die primäre Aufgabe der Wahlforschung. Aber die Erklärungsmodelle liefern die Bausteine für Prognosen. Die jüngsten Ergebnisse der Wahlforschung verweisen allerdings darauf, dass es weder einfache Erklärungsmodelle noch frühe gültige Prognosen gibt.

Eindeutig ist, dass sich immer weniger Wähler langfristig an eine Partei gebunden fühlen. Zwischen 30 und 40 Prozent der Bürger haben keine stabile Parteineigung. Entsprechend Raum für die Bestimmung der Wahlentscheidungen gibt es bei den eher kurzfristig wirksamen Faktoren wie den Sachfragen und Kandidaten. Übereinstimmende Befunde verweisen allerdings darauf, dass es weniger auf das konkrete Sachfragenangebot und die konkreten politischen Positionen ankommt als vielmehr darauf, wie hoch die Kompetenz von Parteien und Politikern veranschlagt wird, entsprechende Sachfragenprobleme auch zu lösen.

## Die Effekte der Kandidaten

Die Identifikation mit einer politischen Partei bleibt aber wichtige Determinante und ist wichtiger als die Kandidatenbeurteilung; die Kandidatenbeurteilung ist wiederum wichtiger als einzelne Sachfragen. Kandidateneffekte sind in den neuen Bundesländern höher als in den alten. Allerdings lässt sich, auch wenn Kandidatenorientierungen wichtiger sind als Themenorientierungen, nicht von einer zunehmenden Personalisierung des Wahlverhaltens sprechen. Dazu variiert die Stärke der Kandidateneffekte von Wahl zu Wahl zu stark.

Auch die Befunde zu Fernsehduellen und Debattenerfolgen der Spitzenkandidaten zeigen, dass Personen weniger wichtig für die Wahlentscheidung sind als vielfach angenommen. Hinzu kommt, dass das Zusammenspiel aller Faktoren nicht nur über die Zeit variabel ist, sondern auch zwischen Wählerschaften verschiedener Parteien und zwischen Ost und West unterschiedlich ausfällt. Auch das Wechselwahlverhalten ist wechselhaft. Es hatte bei den Bundestagswahlen 1998 mit etwa 20 Prozent in den alten und etwa 30 Prozent in den neuen Bundesländern eine enorme Bedeutung für den Wahlausgang.

Wechselwahl bedeutet aber nicht nur das Wechseln zwischen Parteien, sondern vor allem das Wechseln aus dem Nichtwählerlager zu einer Partei oder aus der Wahl einer bestimmten Partei in das Nichtwählerlager. Dafür, ob und in welchem Maße Wähler zu Nichtwählern oder Nichtwähler zu Wählern werden, ist mit entscheidend, wie entfremdet oder indifferent Bürger den Parteien gegenüberstehen. Ein individuell als gut wahrgenommenes politisches Angebot, das je nach Wähler eher durch die Kandidaten, Sachfragen, Kompetenz oder auch politische Position gekennzeichnet sein mag, ist das beste Mobilisierungsinstrument für diese nicht kleine und unter Umständen wahlentscheidende Zahl der Bürger.

Zusammengenommen verweisen die Ergebnisse der Wahlforschung auf eine zunehmende Komplexität der Erklärung des Wahlverhaltens – nicht deshalb, weil immer mehr Faktoren eine Rolle spielen, sondern weil die Wirkung und das Zusammenspiel der Faktoren selbst Veränderungen unterliegen und zwischen Wählergruppen, Regionen, Zeiten und Situationen variieren. Die veränderten Randbedingungen und Wahrscheinlichkeiten bestimmter Wahlverhaltensoptionen können benannt und erklärt werden. Erklärungen sind aber weder Prognosen, noch liefern sie Gewissheiten. Jede Voraussage des Wahlausgangs ist riskant. Immer noch gilt: Wahlen werden am Wahltag entschieden.

Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hg.), *Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 620 S.

---

Summary

## German Federal Elections

In view of the forthcoming federal elections, it is worthwhile to look back on the last elections. In the 1998 German Federal Elections, a government was directly voted out of office for the first time in German post-war history. The 2002 election outcome was close to causing a change in power again. What about 2005? Government change by elections seems to become more frequent. Is this development an effect and inevitable consequence of the changing voter?

---